

Die öffentliche Hand und ihre Finanzen

Stefan Degen, Landrat FDP, Gelterkinden

Ein Thema, zu welchem ich in den vergangenen Monaten viele Gespräche hatte. Die Menschen verstehen nicht, warum die öffentliche Hand ihre Finanzen letztlich kaum je im Griff hat. Persönlich kann ich es ebenfalls bis heute nicht nachvollziehen, ist doch die finanzielle Stabilität vor allen anderen Themen immer die erste aller Prioritäten.

Jeder zu viel ausgegebene Franken im Jahr X fehlt in einem der Folgejahre. Grundsätzlich kann man sich darauf berufen, dass die Budgets und Finanzpläne von Gemeinden, Kantonen und Bund hinreichend transparent sind, damit sich alle Stimmberechtigten ein Bild davon machen können. Dennoch werden offenbar nicht in allen Fällen die entsprechenden Schlüsse gezogen. Dafür gibt es verschiedene Gründe. Zuerst natürlich, dass Politiker sich mit Denkmälern verewigen und Wahlversprechen einlösen wollen. Wer Politiker wird und wer bei Exekutivbehörden welches Departement besetzt, ist von vielen Faktoren abhängig, seltener als bei Verwaltungsräten in der Privatwirtschaft jedoch von den entsprechenden Kompe-



«Politiker wollen
sich mit
Denkmälern
verewigen.»

tenzen. Dadurch ist die öffentliche Hand auch in der generellen Prozessorganisation mehrheitlich weniger weit entwickelt, als das Unternehmen in entsprechender Grösse und Komplexität sind.

Hinzu kommt, dass gerade auch Gemeinden sehr stark von einer funktionierenden und führungsstarken Verwaltung abhängig sind. Ist diese nicht gegeben, so werden Ressourcen kurz- und langfristig nicht hinreichend zielgerichtet eingesetzt. Beim Personalmanagement orientieren sich alle Staatsebenen immer an den Vergütungen und Privilegien der Privatwirtschaft – bei uns in der Region werden dazu gerne die grossen Pharmakonzerne als Referenz genommen –, bei den Anforderungen und Anstellungsbedingungen jedoch eher nicht. So erhielten beim Kanton die Angestellten während Corona einen Zeitzuschlag für Präsenz im Büro, also Zeit auf dem Zeitkonto, die wie gearbeitete Zeit gutgeschrieben wurde, bloss wurde sie nie gearbeitet. Dies als Entschädigung für Tage, an welchen Homeoffice nicht möglich ist. Überzeit gibt es ab mittlerem Kader in den Unternehmen nicht, bei der öffentlichen Hand wird bis weit nach oben munter kompensiert. Gerade bei Personalfragen kommt man aus dem Staunen nicht heraus. Bei den Gemeindefinanzen wurde vor einigen Jahren mit

HRM II (Harmonisiertes Rechnungslegungsmodell 2) versucht, einen Standard einzuführen, mit welchem die Aufwände von den Geldflüssen hätten entkoppelt werden sollen, das heisst, dass die Aufwände mittels Abschreibungen über die entsprechende Nutzungsdauer gelegt werden und das jährliche Ergebnis möglichst genau darstellt, wie die Gemeinde im vergangenen Jahr gewirtschaftet hat. Da Transparenz immer stark disziplinierend wirken würde, erfanden die Politiker verschiedene Instrumente wie Vorfinanzierungen oder finanzpolitische Reserven, mit denen Gewinne und Verluste beinahe beliebig von Jahr zu Jahr verschoben werden können. Dies führt unweigerlich dazu, dass nach einigen Jahren die finanzielle Katastrophe offensichtlich wird.

Demokratie bedingt Transparenz, leider steht Transparenz der Zielerreichung oft im Weg.

In der «Carte blanche» äussern sich Oberbaselbieter National- und Landratsmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter der Gemeindebehörden zu einem selbst gewählten Thema.